

Strukturwandel der Globalisierung? Brexit, Trump(ismus), Strategien Chinas und die politische Ökonomie der internationalen Beziehungen

Einleitung zum Forum

*In den Jahren seit der Finanzkrise haben sich politische und ökonomische Verschiebungen sowohl innerhalb von Nationalstaaten, in ihren zwischenstaatlichen Interaktionen und in den Prozessen und Strukturen der Weltwirtschaft ergeben. Im Anschluss an eine grundsätzliche Reflexion der Beziehungen zwischen Internationalen Beziehungen (IB) und Internationaler Politischer Ökonomie (IPÖ) in den letzten Jahrzehnten geht dieses Forum der Frage nach, inwiefern diese Verschiebungen eine fundamentale Infragestellung der Strukturen der Globalisierung mit sich bringen und wie man auf dieser Basis eine die IB und IPÖ synthetisierende Forschung betreiben kann. Dabei fokussieren die Autor*innen aus einer Perspektive der kritischen IPÖ die globalen Zusammenhänge der zeitgenössischen Globalisierung, den Rechtsruck und Rassismus im globalen Norden, den Brexit, die US-Regierungen unter Obama und Trump und das strategische Verhalten Chinas. In einem abschließenden Ausblick diskutiert die Einleitung das Desiderat der intersektionalen Analyse in IB und IPÖ, die die Verwobenheit von race, class, gender und der Ökologie systematisch in den Blick nimmt.*

1. Einleitung

Die Überraschung über den Brexit und die Wahl Donald Trumps ist der Erkenntnis gewichen, dass der Rechtsruck, Protektionismus und Rückbau zahlreicher multilateraler Abkommen von Dauer sein könnten. Was als »Globalisierung« lange alternativlos erschien, ist nicht länger sakrosankt. Gewohnte globale Handels-, Rüstungs- und Klimabeziehungen sehen sich intensivierte Bemühungen der USA, der Europäischen Union (EU) und Chinas ausgesetzt, ihre relative Position in der globalen Reichums- und Einflusshierarchie auf Kosten der anderen zu erhalten oder auszubauen.

Die Globalisierung hat ihre Aura der Alternativlosigkeit verloren. Die lange verdeckten Konflikte und Ungleichheiten, die schon immer mit ihr verbunden waren, geraten zunehmend ins Scheinwerferlicht. Auf der gesellschaftlichen und politischen Linken wird das Lied der Globalisierungskritik schon seit Jahrzehnten gesungen und sie sieht sich bestätigt: Brexit-Votum, die Wahl Trumps und das Erstarken rechter Bewegungen und Parteien seien maßgeblich auf wachsende soziale Ungleichheiten zurückführbar, die auch durch die Globalisierung und den damit einhergehenden Druck auf Löhne und Sozialsysteme verursacht wurden (Davies

2016). Gleichzeitig breche sich ein in Europa und den USA tief verwurzelter Rassismus Bahn, der auf dem europäischen Kontinent schon vor der Etablierung des Kapitalismus existierte (Shilliam 2018; Robinson [1983] 2000).

In der Tat, der Aufstieg rechter und rechtsradikaler Gruppen und die zunehmend prekären Beschäftigungsverhältnisse weiter Teile der Bevölkerung betreffen heute alle Staaten Europas und Nordamerikas. Anstatt sich gegen die hauptsächlich profitierenden Perzentile der »1 Prozent« oder der »10 Prozent« zu verbünden – letztlich verschämte Begriffe für die herrschende(n) Klasse(n) –, die im Globalen Norden einen Großteil der Wachstumsgewinne auf sich vereinigen (Alvaredo et al. 2018), wenden sich die Verlierer*innen der jüngsten wirtschaftlichen Entwicklungen – ob dies nun subjektiv wahrgenommen oder objektiv der Fall ist – gegen Migrant*innen (Narayan 2017). Im gesamten Globalen Norden hat sich die Migrationsfrage massiv politisiert. Rassistische Sprache und Gewalt erleben einen Boom (Friedensgutachten 2018: 11). So wurden in Deutschland im Jahre 2016 über 900 Geflüchtetenunterkünfte angegriffen und nicht selten angezündet.¹ In zahlreichen politischen Systemen in der EU ist ein signifikanter Anstieg der Wähler*innenstimmen, die auf rechte Parteien entfallen, zu verzeichnen, insbesondere in Deutschland, Österreich, Frankreich, Polen, Ungarn und Großbritannien (Aisch et al. 2017).

Auch der Aufstieg der Alternative für Deutschland (AfD) lag zunächst in Verteilungsfragen begründet und hat sich mithilfe der Migrationsfrage konsolidiert. Unter ihrem Gründer Bernd Lucke wendete sie sich gegen die Bankenrettung und die folgende Eurorettungspolitik sowie den Transfer »hart erarbeiteten deutschen« Geldes an Griechenland. Unter Frauke Petry und Alexander Gauland agitierte die Partei zunehmend gegen Migrant*innen, die den Alteingesessenen unerwünscht erscheinen (Werner 2015). Gerade weil ein Doppeleffekt aus Unterstützung rechter Positionen sowohl gegen die »bösen Banken« und »die Migrant*innen« und gleichzeitig verbreiteter Einkommensschwäche und -unsicherheit ein historisch wiederkehrender Effekt von Wirtschaftskrisen ist (Funke et al. 2015), stellt sich die Frage, welches genau die globalen Vermittlungsprozesse und -strukturen dieser national ähnlich gelagerten Krisenphänomene sind. Welche Rolle spielen Klassenkonstellationen, rassistische Strukturen und Kämpfe um Hegemonie innerhalb der Nationalstaaten und wie verhalten sich diese zu globalen polit-ökonomischen Prozessen wie dem Finanzkapitalismus und der Finanzialisierung? Welche Rolle spielen die geopolitischen und geoökonomischen Zusammenhänge und Abhängigkeiten, zwischen Globalem Norden und Global Süden, zwischen West und Ost?

Denn unter dem Slogan der »aufstrebenden Mächte«, den »BRICS«-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) und dem »Aufstieg Chinas« wird nun verhandelt, dass sich durch geopolitische und ökonomische Verschiebungen substanzielle Veränderungen der Weltordnung ergeben haben (s. Sonderheft *International Affairs*, z. B. Ikenberry 2018). China ist mittlerweile die größte Volkswirtschaft der Welt (auf Basis der *purchasing power parity*) und hält den größten Anteil

1 »BKA-Statistik: Mehr als 900 Angriffe auf Flüchtlingsheime«, in: <https://www.tageschau.de/inland/bka-fluechtlingsunterkuenfte-statistik-101.html>; 27.8.2018.

an Währungsreserven. Der Handel zwischen China und den USA wuchs von 5 Milliarden im Jahre 1980 auf 634 Milliarden im Jahre 2017 (Morisson 2018). China ist nun auch der wichtigste Handelspartner Afrikas, Empfänger von 15 bis 16 Prozent der afrikanischen Exporte und verantwortlich für bis zu 21 Prozent der afrikanischen Importe (Albert 2017). Ähnlich wie Japan in den 1980ern übernimmt China die Rolle des Herausforderers der im Westen sogenannten »liberalen Weltordnung« (s. Simon 2018 in diesem Forum).

Sollten wir aktuell tatsächlich einen Strukturwandel der Globalisierung beobachten, so berührt dieser sowohl den klassisch intergouvernementalen und institutionalistischen Gegenstandsbereich der Internationalen Beziehungen (IB) als auch den stärker auf Macht, Herrschaft und Ungleichheit fokussierten Blick der Internationalen Politischen Ökonomie (IPÖ).² Dieses Forum verfolgt das Ziel, die synthetisierenden und zeitdiagnostischen Ansätze der kritischen IPÖ innerhalb der IB zur Diskussion zu stellen. Weder Finanz- noch Eurokrise wurden von den IB prominent aufgegriffen, obwohl beide zu den wichtigen politischen Herausforderungen der letzten Jahre zählen. Ähnliche Sprachlosigkeit herrscht nun angesichts des Rechtsrucks und der Abkehr von lieb gewonnenen Selbstverständlichkeiten der liberalen internationalen Kooperation.

Diese Einleitung umfasst vier weitere Teile. Im zweiten beschreibe ich die Beziehung von IB und kritischer IPÖ in Deutschland. Im dritten Teil werden vier Grundbegriffe des Forums eingeführt und im vierten Teil die Beiträge zum Forum kurz zusammengefasst. Der fünfte Abschnitt liefert einen Ausblick, indem er das Desiderat einer intersektionalen kritischen politischen Ökonomie, die sich auch mit *race*, *class*, *gender* und Ökologie beschäftigt, zur Diskussion stellt.

2. Zur Beziehung von IB und kritischer IPÖ in Deutschland

Die zentrale Fragestellung unseres Forums führt uns unmittelbar ins Herz generationenübergreifender Debatten in IB, IPÖ und Vergleichender Politischer Ökonomie über die Verbindungen zwischen Gesellschaften, Nationalstaat, Staatensystem und Weltmarkt. Es ist kein Zufall, dass die Analyse des Zusammenspiels von nationalen und globalen Prozessen und Strukturen in der deutschen IB oft zu kurz kommt. Deren schlüssige Verbindung ist eine analytische Herausforderung, die die spezialisierte Herangehensweise an das Studium der Weltpolitik vor Probleme stellt. Die jeweiligen akademischen Subdisziplinen widmen sich eher dem Nationalstaat und seiner *variety of capitalism* (Vergleichende Politische Ökonomie) oder konzentrieren sich auf die Analyse des Staatshandelns, der Arbeit internationaler Organisationen und der Diffusion und Kontestation von Normen (IB), oder aber

2 Kritik ist ein umkämpfter Begriff. Unser Forum ist im weitesten Sinne materialistisch, neo-marxistisch orientiert, reklamiert das Kritischsein aber keineswegs exklusiv. Zum Kritikbegriff in der IB siehe: Engelkamp et al. (2012); Koddenbrock (2015); Gädinger (2016); Anderl/Wallmeier (2018); zur »kritischen« IPÖ siehe Hartmann et al. (2009) und Bailey et al. (2018).

widmen sich dem Verhalten von transnationalen Unternehmen, internationalen Organisationen und Regierungen primär auf der globalen Ebene (IPÖ). Diese Diagnose spitzt zu, aber die Arbeitsteilung ist real.

Eine stärkere Beschäftigung mit polit-ökonomischen Fragen innerhalb der IB täte der Debatte in Deutschland gut, denn scheinbar disparate Phänomene wie die soziale Frage, wachsender Hass auf Migrant*innen und die Instabilität der außenpolitischen Bündnisse haben auch in der IB eine neue Suche nach Forschung entfacht, die sich den aktuellen politischen und ökonomischen Verwerfungen direkt zuwendet. Angesichts der verstärkten Suche nach Relevanz und Zeitdiagnose warf auch die zib jüngst die Frage danach auf, wie IB-Forschung heute auszusehen habe (Daase/Deitelhoff 2017). Auf der alle drei Jahre stattfindenden »Offenen Sektions-tagung« in Bremen stritten sich im Herbst 2017 Vertreter*innen mehrerer Generationen von IBler*innen über die Relevanz der eigenen Forschung, über Wahrheitsansprüche und Kontingenz. Unser Forum möchte diese Suche nach relevanter IB-Forschung aufgreifen und größere Thesen und stärker synthetisierende Theorie wagen. Orientierungswissen und die Analyse größerer Zusammenhänge sind sichtlich gefragt.

Dieses Forum basiert auf der Überzeugung, dass IPÖ und IB eng verwandt sind und deshalb von unproduktiver Abgrenzung nicht profitieren. Das heißt konkret, dass Fragestellungen und Analysen, wie sie in diesem Forum betrieben werden, selbstverständlich als Forschung in den IB aufgefasst werden können, dass man aber ebenso die Analyse von Außenpolitik, Normen, den *United Nations* (UN) und kriegerischen Auseinandersetzungen als integralen Teil der IPÖ begreifen kann. Eine disziplinäre Hierarchisierung zwischen IB und IPÖ ist unnötig, größere Selbstverständlichkeit kritischer politisch-ökonomischer Analysen aber umso drängender.

Die IB und IPÖ haben sich international unterschiedlich institutionalisiert. Während es in den USA üblich ist, IB und IPÖ als eins zu betrachten – siehe beispielsweise die Arbeiten von Robert Keohane und auch die redaktionelle Linie der Zeitschrift *International Organization* – haben IB und IPÖ in Großbritannien einen jeweils eigenen disziplinären Stand. Obgleich die IPÖ in den USA und Großbritannien seit den 1980ern einen großen Boom erlebt hat (Strange 1994; Keohane 2009; Wullweber 2014), stellt sich in Deutschland hingegen auch fast 30 Jahre später die Frage, wo diese Forschungsrichtung institutionell anzusiedeln ist (Rittberger/Hummel 1990: 21).

Im Gegensatz zu den USA und Großbritannien ist die kritische IPÖ in Deutschland relativ schwach institutionalisiert (Koddenbrock 2017).³ Systemkonkurrenz auf deutschem Boden und eine besonders vehemente Form des Anti-Marxismus mögen dabei eine Rolle gespielt haben. Im Unterschied zu Großbritannien und den USA, die durch die Marktförmigkeit ihrer Wissenschaftssysteme (denn es gibt immer Nachfrage nach »kritischer« Theorie) und einen tiefer verankerten liberalen Pluralismus auch »heterodoxen« Positionen einen substanziellen Stellenwert ein-

3 Für einen Überblick über frühere Arbeiten siehe Tudyka (1990).

räumen, entstand in Deutschland eine institutionalistisch-konstruktivistisch dominierte IB, die insbesondere im Vergleich zum anglophonen Raum wenig kontrovers ist.⁴ Institutionalismus als *mid-range theory*, die liberale *global-governance*-Forschung und der starke Fokus auf die relevante, aber nicht zwingend dominante Rolle der Ideen und Normen in der sozialen Konstruktion globaler Ordnung dominieren die IB. Zur Erklärung und Reflexion drängender polit-ökonomischer Verwerfungen können solche *mid-range*-Perspektiven oft nur bedingt beitragen, gerade da sie partiell, zurückhaltend und dezidiert nicht synthetisierend sind.

Um das bisher geringe Interesse für die IPÖ innerhalb der deutschen IB zu verstehen, lohnt ein Blick in prägende Publikationen der letzten Jahrzehnte. Dazu zählen z. B. ein Sonderheft von 1990 (Rittberger 1990) und der Sammelband von 2003 (Hellmann et al. 2003) sowie das Editorial der Gründungsausgabe der zib (Wolf 1994). Diese zeigen, was von der damals aufstrebenden Generation als Forschungsdesiderate angesehen wurde. So forderte Klaus-Dieter Wolf 1994 im Gründungseditorial der zib an erster Stelle, dass die »kritische Auseinandersetzung mit dem »rationalistischen Akteurskonzept«, Normen und kognitive[n] Prozesse[n] aus ihrer Randexistenz innerhalb der Fachdiskussion herausführen« (Wolf 1994: 5) helfen sollte. Der wichtigste intellektuelle Gegner war hier die US-amerikanisch dominierte *rational-choice*-Forschung. Wolfs *agenda setting* traf den Nerv der Zeit. *Rational-choice* orientierte Forschung erlangte in der deutschen IB tatsächlich keinen nennenswerten Einfluss. Gleichzeitig ist die Normenforschung heute in der deutschen IB tief verankert. In den obigen Sammelbänden kamen Imperialismus- und Dependenztheorie sowie andere materialistische Analyseperspektiven nicht mehr systematisch vor. Der Ankündigungstext des Bandes zu den »Neuen Internationalen Beziehungen« (Hellmann et al. 2003) konstatierte z. B., dass »im Vordergrund [...] der Analyse Prozesse wie Verrechtlichung, Sozialisierung und Globalisierung [stehen] und weniger Strukturen wie Machtverteilung, Abhängigkeit oder Interdependenz«.⁵ Dass man ohne Interesse für Machtverteilungen und Abhängigkeiten heute die Globalisierung nicht sinnvoll studieren kann, auf dieser Annahme beruht dieses Forum.⁶

Seit der Finanzkrise 2007 ist in den IB eine Öffnung in Richtung polit-ökonomischer Perspektiven zu bemerken. Eine Analyseperspektive, die systematisch das Globale und Nationale, Staat, Gesellschaft und Kapitalismus zusammenzudenken versucht, kann nun auf jüngere herrschaftstheoretische Arbeiten und das neu er-

4 Diese Engführung betrifft auch die die marginale Rolle (neo-)realistischer Forschung in Deutschland.

5 <https://www.nomos-shop.de/Hellmann-Wolf-Z%C3%BCrn-neuen-Internationalen-Beziehungen/productview.aspx?product=3198>; 27.8.2018.

6 Die kritische IPÖ war allerdings nie völlig marginal. Es wurden im weiteren Sinne materialistische Autorinnen und Autoren in den genannten Sammelbänden abgedruckt (so in Hellmann et al. 2003 z. B. Andreas Nölke, Brigitte Young und Christoph Scherrer). Diese und wichtige IPÖ-Autor*innen wie Hans-Jürgen Bieling, Susanne Lütz, Oliver Kessler und Joscha Wullweber haben auch in der zib veröffentlicht.

weckte Interesse für Hierarchien aufbauen.⁷ So wird im jüngsten Lehrbuch der Internationalen Beziehungen (Deitelhoff/Zürn 2016) diese Öffnung beispielhaft sichtbar. Die Autor*innen führen imperialismus- und dependenztheoretische Ansätze als eine »wichtige theoretische Entwicklungslinie« ein, die »relevant für die neueste Forschung« sei (Deitelhoff/Zürn 2016: 111). Auch in der Neuauflage des »Handbuchs der Internationalen Beziehungen« (Sauer/Masala 2017) wird der politischen Ökonomie der internationalen Beziehungen »nach dem Ende von Denkverböten auferlegt durch wissenschaftspolitische Implikationen des Kalten Krieges und rigider Parteidogmen« (Teschke/Wenten 2017: 107) neuer Platz eingeräumt. Unsere Frage nach dem Strukturwandel der Globalisierung erlaubt es, an diese Entwicklungen produktiv anzuschließen.

3. Zentrale Begriffe dieses Forums

Die Globalisierungsdebatte kam in den 1990ern auf (Rosenberg 2007). Faktisch war die Globalisierung nicht neu, denn gerade zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die Weltwirtschaft bereits stark »globalisiert« und auch die Sklaverei und der Kolonialismus waren global. Aber es wurde nun wieder drängender über die Globalisierung gesprochen (s. Bieling 2018 in diesem Forum) und die weltwirtschaftlichen Interaktionen nahmen in der Tat (wieder) massiv zu. Zwischen 1990 und 2000 wuchs der Warenexport real um 86,2 Prozent, Freihandelszonen wurden gegründet und die transnationalen Konzerne perfektionierten ihre globalen Wertschöpfungsketten. Die Außenhandelsquote, d. h. der Anteil der Exporte und Importe am globalen Bruttoinlandsprodukt, stieg von 24,1 Prozent im Jahre 1960 auf 60 Prozent im Jahre 2008, sank dann aber auf 56,4 Prozent im Jahre 2016.⁸ Den Handlungsspielräumen des Finanzsektors waren nach dem Zweiten Weltkrieg bis Anfang der 1970er relativ enge regulative Grenzen gesetzt. Es galt als Konsens, dass die Weltwirtschaftskrise auch maßgeblich durch die globalen Geld- und Finanzbeziehungen und die Aktivitäten der Banken in den Zwischenkriegsjahren verursacht worden war (Polanyi [1939] 1975). Das Trommelfeuer, das F. A. Hayek und Milton Friedman und ihre neoliberalen Schüler über Jahrzehnte aufrechterhielten und in einflussreichen Kreisen immer wieder einbrachten (Mirowski/Plehwe 2009; Bruff/Stanes 2018), zeigte ab Beginn der 1970er Wirkung. Das Bretton-Woods-System stabiler Wechselkurse wurde abgeschafft, Kapitalkontrollen sukzessive abgebaut (Panitch/Gindin 2013) und der Eurodollarmarkt und die Offshore-Märkte auch

7 Schlichte (2005); Nölke (2007); Lake (2009); Daase/Deitelhoff (2015); Mattern/Zarakol (2016); Lambach (2017); May (2017); Koddenbrock (2017). Das ermöglicht perspektivisch auch die Auseinandersetzung mit marxistisch inspirierter IB, die vor allem in Großbritannien stattfindet. Unter Begriffen wie »ungleicher und kombinierter Entwicklung« und *political Marxism* hat sich in den letzten 15 Jahren eine rege Debatte entwickelt, die im deutschsprachigen Raum noch keinen Niederschlag gefunden hat. Siehe Teschke (2006); Anievas/Nisancoglu (2015); Pal (2018); Germann (2017).

8 Diese Daten entstammen der Weltbankdatenbank verfügbar unter data.worldbank.org; 28.8.2018.

staatlich gefördert (Norfield 2016). Der Anteil derjenigen Staaten, die Kapitalkontrollen abschafften, nahm nach dem Ende der Goldbindung des US-Dollars im Jahre 1972 sprunghaft zu. Auch die Staaten des Globalen Südens setzen ab den 1980ern auf diese Liberalisierung. Diese hatte ihrerseits große Effekte auf die Volatilität ihrer Kapitalzu- und -abflüsse und generierte für sie massive Anpassungszwänge (Gosh/Qureshi 2016).

Die Beiträge in diesem Forum versuchen sich an einer Deutung der Globalisierung und ihrer Infragestellung. Sie stehen in der Tradition neo-marxistischer Regulationstheorie und des Neo-Gramscianismus und entstammen damit einer polit-ökonomischen Tradition, die sich makroskopische, materialistische Theorie und Analyse erhalten wollte, ohne dem materialistischen Struktur determinismus zu verfallen. Die Eigenlogik nationaler Institutionen, die Bedeutung heterogener und konfliktiver politischer Projekte und der Kampf um Ideen und Ideologien sind dabei zentral. Diese interagieren mit der globalen und systemischen Logik des Wettbewerbes und den Zwängen, die die weitgehend freie Zirkulation von Geld und Kapital und die Verfügbarkeit billiger Arbeitskraft sowohl innerhalb der Nationalstaaten und ihrer Gesellschaften als auch zwischen ihnen ausüben.

Die Autor*innen versuchen also, mit jeweils eigenem empirischen Fokus, die gesellschaftliche und nationalstaatliche mit der globalen Ebene zusammenzubringen. Sie begeben sich auf die Suche nach den prozeduralen und strukturellen Verbindungen zwischen der Wahl Donald Trumps, dem Brexit und den Strategien Chinas und untersuchen, wie sich diese zur Globalisierung verhalten. Sie ziehen Verbindungslinien zwischen den Entwicklungen in Japan, China, der EU und den USA, und streifen einige (wenige) Entwicklungen im Globalen Süden. Gleichzeitig nehmen die Beiträge gouvernementale Strategien und damit Staatshandeln in den Blick und binden dies zurück an die innergesellschaftlichen Konflikte sowie die aus ihnen erwachsenden politischen Projekte.

Im Rahmen der eher makroskopischen Herangehensweise aller vier Texte geht es auch um vier miteinander verbundene Begriffskomplexe der kritischen IPÖ: erstens um den Begriff der Akkumulation in Gestalt von Akkumulationsstrategien und -regimen (Simon) und den »social structures of accumulation« (Nölke); zweitens um die Kapitalismus-Begriffe des Staats- und Finanzkapitalismus und des organisierten Kapitalismus (Bieling; Nölke; Simon; Solty); drittens um den Begriff der politischen Projekte (Simon; Solty); und viertens um die auch in der Vergleichenden Politikwissenschaft neu entdeckte *cleavage* zwischen kosmopolitischen und kommunitaristisch (Nölke) oder neoliberal-kosmopolitisch und nationalistisch-populistisch (Bieling) orientierten Gruppen innerhalb der Nationalstaaten.

Warum aber Akkumulation? Die grundlegende Marx'sche Diagnose, dass erst im Kapitalismus Wettbewerb und Profitmaximierung gesellschaftlich und global verallgemeinert wird, fußt auf der Akkumulation von Kapital. Geld und Kredit werden zu Kapital, indem sie systematisch in der Produktion eingesetzt werden, um sich in diesem Prozess, der von menschlicher Arbeitskraft und der Schaffung von Mehrwert abhängt, zu vermehren. Der Begriff des Kapitals bezeichnet also auch den systemisch gewordenen »sich selbst-verwertenden Wert« (Marx [1867] 2008). Im Ka-

pitalismus drängt Wert danach, mehr zu werden. Dieses Mehr, ausgedrückt und handelbar gemacht als Geld, kann akkumuliert und gehortet werden.

Das jüngere Begriffsfeld der Akkumulation wurde vor allem von Regulationstheorie und Neo-Gramscianismus geprägt. Die Regulationstheorie geht auf die französische Debatte der 1970er Jahre zurück und rückt die spezifische Regulation des Konfliktes zwischen Arbeit und Kapital und den Zwang zur Akkumulation in den Mittelpunkt. In den Blick geraten dabei nationale vermittelnde Institutionen wie Gewerkschaften und Verbände und die Kapitalfraktionen von Industrie- bis Finanzkapital (Aglietta 1979; Sablowski 2013). Mit ihrem nationalstaatlichen Fokus ist die Regulationstheorie auch anschlussfähig an die eher institutionalistische *varieties-of-capitalism*-Forschung (Hall/Soskice 2001; Nölke 2011).⁹ Der Zwang zur Akkumulation erstreckt sich indes nicht nur auf die Beziehung zwischen gesellschaftlichen Klassen, sondern auch auf den Staat als »Wettbewerbsstaat« (Hirsch 1994; Hirsch/Kannankulam 2011) und die globalen Konkurrenzverhältnisse. Regierungen verfolgen deshalb sowohl nationale als auch internationale Akkumulations-»Strategien« und etablieren intern ein Akkumulations-»Regime«, das das institutionelle Ensemble, den Konflikt zwischen Arbeit und Kapital und den Verteilungskampf umfasst, um Schaffung und Verteilung von Mehrwert zu regulieren. Sinkende Lohnquoten in den letzten 40 Jahren und die jüngst im *World Inequality Report* illustrierte Fähigkeit der einkommensreichsten Bevölkerungsschichten, einen Großteil der Wachstumsgewinne der letzten Jahrzehnte auf sich zu vereinigen (Alvaredo et al. 2018), sind Ausdruck der spezifischen Regulation dieses Grundverteilungskonfliktes.

Die Unzufriedenheit mit als zu ökonomistisch argumentierenden Analysen wie der Imperialismustheorie mündete in den 1960ern und 1970ern nicht nur in die Regulationstheorie, sondern auch in Forschungsprogramme, die Ideen und Institutionen, aber auch der Heterogenität politischer Kämpfe und Projekte einen größeren Stellenwert einräumen wollten. Die verstärkte Rezeption Antonio Gramscis und Nicco Poulantzas' begründete den Neo-Gramscianismus und gab der materialistischen Staatstheorie neue Nahrung (Buckel et al. 2007). Der Neo-Gramscianismus mit seinem gleichzeitigen Fokus auf materielle, institutionelle und ideelle Faktoren der Kämpfe um Hegemonie (Cox 1981; Gill 1993) bedeutete eine signifikante Erweiterung. Durch diese Öffnung war der Neo-Gramscianismus prinzipiell anschlussfähig in der deutschen IB.

»Das« Kapital als systemische Zwangsbeziehung befeuert also aus dieser Sicht nicht einfach nur Konkurrenz, wirtschaftliche Expansion und Produktivität und aus imperialismustheoretischer Perspektive auch zwischenstaatlichen Krieg, sondern es gibt eine Eigenlogik des Politischen und auch kultureller, identitätspolitischer Prozesse. Hier setzt die neo-gramscianische Debatte mit ihrem Fokus auf politische Projekte und sich verschiebende Hegemonieverhältnisse an (s. a. Bieling 2013). So

9 Der Fokus auf Einzelfallstudien wie die USA zog aber Kritik durch diejenigen auf sich, die eher eine globale dependenztheoretische oder Weltsystem-Perspektive verfolgten (Becker et al. 2010).

legt Jenny Simon in ihrer der Analyse der chinesischen Doppelstrategie, die einerseits die Integration in die westlich dominierte *global-governance*-Architektur, andererseits aber auch den Aufbau eigener internationaler Organisationen umschließt, dar, wie sich in China die eher transnationalen und die eher binnenmarktorientierten politischen Projekte im Kampf um Hegemonie positionieren. Ingar Solty seziert in seinem Beitrag die Obama-Regierung und das erste Jahr der Regierung Trump. Unter Obama duellierte sich ein fiskalisch-konservatives Wall-Street-dominiertes Projekt mit dem eher staatsinterventionistischen, »grünkapitalistischen« Projekt. Unter Trump hingegen ringt in Soltys Analyse das (recht schwach institutionalisierte) rechtsautoritär-nationalistische mit dem imperial-finanzkapitalistischen Projekt.

Der Begriff des Finanzkapitalismus, auch als Finanzmarktkapitalismus titulierte, geht auf Rudolf Hilferdings »Das Finanzkapital« ([1910] 1968) zurück, in dem er die enge Verquickung von Regierung, großer Industrie und Bankensektor beschrieb. Der Begriff wurde von Lenin in seinem Werk »Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus« (1917) aufgegriffen und in der politischen Debatte der Zwischenkriegsjahre breit rezipiert. Eng verbunden mit dem Finanzkapital war damals der Begriff des Staatsmonopolkapitalismus, der in den späten 1960ern mit Paul A. Baran und Paul M. Sweezy's »*Monopoly Capitalism*« (1966) eine Renaissance erlebte. Die Diskussionen um Finanzkapital und Finanzkapitalismus widmen sich also dem Verhältnis von Staat und (Finanz-)Industrie im nationalstaatlichen Kontext und wie sich dieses durch die globale Konkurrenz im Weltmarkt konstituiert (s. a. Gowan 1999).

Auch jenseits der materialistischen Perspektiven hat der Terminus Finanzkapitalismus in den letzten Jahren im Zuge der Debatten um die »Finanzialisierung« vermehrt Verbreitung gefunden (Krippner 2005; Heires/Nölke 2014; van der Zwan 2014). In ihrer einflussreichen Analyse zur wachsenden Rolle der Finanzunternehmen (inklusive der Banken) in den USA zeigt Greta Krippner (2005) auf, dass der Anteil am Bruttoinlandsprodukt dieser Finanzunternehmen in den letzten Jahren massiv angewachsen ist. Darüber hinaus schreitet die Finanzialisierung, d. h. die Durchdringung weiterer Lebensbereiche durch Geld und Finanzen, fort, wie man an der Zunahme der Verschuldung privater Haushalte (Streeck 2013; Mertens 2015) an der wachsenden öffentlichen Rolle der Zentralbanken (Braun 2016) oder an der *financial inclusion* im Globalen Süden erkennen kann (Mader 2016).

Die in den Beiträgen von Andreas Nölke und Jenny Simon aufgezeigten Entwicklungen hin zum Staatskapitalismus oder dem »organisierten Kapitalismus« bedeuten zunächst vor allem, dass öffentliche Stellen (der »Staat«) offensichtlicher in Erscheinung treten und eine stärker dirigistische Rolle im Akkumulationsprozess übernehmen (Höpner 2007). Aber auch die oft als marktradikal verschriene Ordnung des Neoliberalismus war nie ohne staatliche Intervention und wichtige öffentlich-private Partnerschaften im Bereich des Geldwesens, der Infrastruktur und des Rechtswesens möglich. Staatskapitalismus innerhalb der globalen Ordnung des Finanzkapitalismus bedeutet also primär eine noch stärker steuernde Rolle der Regierungen inklusive eines größeren Ausmaßes an Planung und der Unterordnung privater Wirtschaftsinteressen unter diese staatlichen Strategien.

Die Unterscheidung in kommunitaristische und kosmopolitisch orientierte gesellschaftliche Gruppen und die von Hans-Jürgen Bieling kritisch gewendete Terminologie »neoliberal-kosmopolitisch« und »nationalistisch-populistisch« entstammen wesentlich der jüngeren Debatte um die Verschiebungen im deutschen Parteiensystem und der sie tragenden Wähler*innengruppen (Merkel 2017). Die gesellschaftstheoretische Rückbindung an die *cleavage*-Theorie übernimmt die Funktion, die die Klassenanalyse früher übernahm, ohne mit dieser deckungsgleich zu sein. Der Grundkonflikt zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Angestellten und Arbeitgeber*innen/Unternehmer*innen, artikuliert sich mit neuen Gruppenzugehörigkeiten, die im Zentrum gesellschaftlicher Auseinandersetzungen stehen.

Der Rückgriff auf die in der Vergleichenden Politikwissenschaft klassische *cleavage*-Theorie (Lipset/Rokkan 1967) erlaubte es Wolfgang Merkel (2017) und im Anschluss daran Andreas Nölke (2018b), eine Grundunterscheidung zwischen kosmopolitisch, internationalistisch orientierten Globalisierungsgewinner*innen und den eher auf den Nationalstaat rekurrierenden kommunitaristischen Verlierer*innen zu etablieren. Empirische Forschungsprojekte, die die tatsächlichen Orientierungen von verschiedenen Klassen oder Schichten systematisch erheben, stehen noch aus (eine Ausnahme sind Dörre et al. 2018). Gerade am für die Globalisierungsdebatte wichtigen Kristallisationspunkt der Migrationspolitik hat diese Heuristik jedoch bereits große Wirkung entfaltet. Vertreter*innen regulierter Migration oder offener Grenzen überziehen sich gegenseitig mit Nationalismus- und Neoliberalismusvorwürfen und verorten sich im eher kommunitaristisch/nationalistisch-populistischen oder neoliberal-kosmopolitischen Lager. Einen ersten Einblick, wie weit diese Begrifflichkeiten für die Analyse der Globalisierung in den IB und der kritischen IPÖ tragen könnten, liefern die Beiträge von Hans-Jürgen Bieling und Andreas Nölke in diesem Forum.

4. Zu den Beiträgen im Einzelnen

Die vier Beiträge des Forums sind gemäß der Breite ihres Gegenstandsbereiches und ihres Länderfokus geordnet. Jenny Simons Beitrag steht aufgrund der Bedeutung Chinas am Anfang unserer empirischen Analysen. Hans-Jürgen Bieling liefert Überblick und Kontextualisierung der heutigen krisenhaften Globalisierung. Andreas Nölke zieht Verbindungslinien zwischen Brexit, Trump und Japan (unter anderem) und Ingar Solty widmet sich den politischen Projekten in den USA und untersucht, wie sich diese zum Kampf um globale Vorherrschaft verhalten. Im Einzelnen:

Jenny Simon zeigt in ihrer prozessorientierten, hegemonietheoretischen Analyse auf, dass die Herrschaftsstrategien westlicher Staaten und das emergente konkurrierende, eher staatskapitalistische Ordnungsmodell Chinas historisch eng verbunden und auch heute stark ineinander verschränkt sind. Eine holistische Sicht auf globale polit-ökonomische Zusammenhänge erlaubt eine nuancierte Betrachtung der Verschiebung der Kräfteverhältnisse zwischen West und Ost, den USA, Europa und

Asien. Die chinesische Führung verfolgt innerhalb dieser interdependenten Beziehungen aktuell eine Doppelstrategie der stärkeren Integration in westlich und liberal dominierte internationale Organisationen, während sie gleichzeitig alternative, stärker staatskapitalistisch orientierte Institutionen und Strukturen schafft. Da aber auch China weltmarktorientierte, internationale Akkumulationsstrategien verfolgt, kann man mitnichten von einem Ende der Globalisierung, sondern nur von einer verstärkten Rolle des Staates reden.

Hans-Jürgen Bieling nähert sich der Frage nach dem Strukturwandel der Globalisierung mithilfe des Begriffs der Doppelkrise. Er diskutiert diese auf Basis der von der Pijlschen Unterscheidung zwischen dem »Locke'schen Kerngebiet« und den »Hobbesianischen Herausfordererstaaten« und seiner Interpretation des *cleavages* zwischen neoliberalem Kosmopolitismus und nationalistischem Populismus. Mithilfe eines Überblicks über die Konturen der Globalisierung in den letzten Jahrzehnten sieht er die westlich dominierte Globalisierung durch Staaten wie China und die BRICS-Gruppe sowie nationalistische Populismen innerhalb der Gesellschaften des Locke'schen Kerngebiets bedroht. Diese Doppelkrise indiziere bereits eine Veränderung der Machtverhältnisse und der Prozesse der Globalisierung, sei aber in ihrem Verlauf weiter offen.

Andreas Nölkes Beitrag diskutiert anhand der Ursachenforschung zum Rechtsruck und dem verstärkt staatsdirigistischen Verhalten diverser Regierungen im globalen Vergleich die Verschiebungen in den *social structures of accumulation* und im »organisierten Kapitalismus«. Mit Bezügen zu Japan, Brasilien, Großbritannien und USA zeichnet der Beitrag ein globales Panorama der Entwicklung weg vom liberalen hin zum organisiertem Kapitalismus und bindet dies im europäischen Kontext an die umstrittene *cleavage* zwischen kosmopolitisch und kommunitaristisch orientierten gesellschaftlichen Gruppen zurück. In ihrer Abkehr vom »liberalen Kapitalismus«, so Nölke, stellen die Regierungen in Großbritannien und den USA möglicherweise eine Avantgarde dar, die epochemachend sein könnte. Jedoch, und hier findet sich Nölkes wichtigstes analytisches und politisches Anliegen: Dieser organisierte Kapitalismus muss nicht notwendigerweise reaktionär sein.¹⁰

Ingar Solty widerspricht der Diagnose Nölkes insofern, als er keinen Staatsdirigismus unter Trump erkennen kann, sondern eine Einhegung des ursprünglich rechtsnationalistischen Projekts durch das in den USA traditionell dominante transnational-imperiale Projekt. Er unterzieht für diese Argumentation die Obama-Jahre und das erste Jahr der Trump-Präsidentschaft in den USA einer eingehenden Analyse. Für Solty ist ein gemeinsames Moment der EU- und US-Strategien seit der Finanzkrise ihre *Beggar-thy-neighbour*-Politik. Vor dieser Folie unterläuft der Autor die übliche Fokussierung auf Trump als unverständliches und überraschendes »Event« und zeigt, welche Kontinuitäten, aber auch welche Brüche sich im Verhältnis zu den Strategien und politischen Projekten unter Obama erkennen lassen. Er

10 Mit seinem Buch »Linkspopulär« führt Nölke dieses Argument für den deutschen Kontext weiter aus und entwickelt konkrete Politikempfehlungen »gegen den Rechtsruck« (Nölke 2018a).

kommt zu dem Schluss, dass die Trump-Präsidentschaft ein Lehrstück über das Auseinanderklaffen von politischer und gesellschaftlicher Macht ist. So hatte im Wahlkampf und bis kurz nach der Wahl eine national-protektionistische Fraktion die politische Macht übernommen, die jedoch sukzessive von den alten Eliten des transnational-imperialen politischen Projektes eingehegt und zurückgedrängt wurden, sodass von einer radikalen Abkehr von der angestammten Globalisierungspolitik keine Rede mehr sein könne.

5. Zum Desiderat der intersektionalen Analyse

Kritische politische Ökonomie kann die deutsche Debatte über die jüngsten geopolitischen und -ökonomischen Entwicklungen entscheidend voranbringen. Die *intersektionalen* Verschränkungen von Macht- und Herrschaftsbeziehungen fehlen jedoch in unserem Forum weitgehend und stellen ein wichtiges Forschungsdesiderat dar. Kritische politische Ökonomie umfasst heute auch feministische und anti-rassistische Theorien und die Reflexion der Ökologie. Die feministische und anti-rassistische Kritik hat in den letzten Jahrzehnten politische und wissenschaftliche Räume und Positionen erkämpft, die in die neue politische Ökonomie der internationalen Beziehungen Einzug erhalten sollten. Unter dem Begriff des Anthropozäns hat sich überdies die Erkenntnis Bahn gebrochen, dass auch die Endlichkeit des Planeten Erde einen substanziellen Stellenwert in der kritischen Analyse einnehmen muss. Im Rahmen einer in der deutschen IB bereits unterrepräsentierten IPÖ nimmt das, was man »intersektionale Kapitalismusanalyse« (Buckel 2012) nennen könnte, eine nochmals marginalere Rolle ein. Es ist für die Weiterentwicklung historisch-materialistischer Perspektiven aber auch die IB insgesamt zentral, sich dieser bislang unterbelichteten Perspektive auf globale Herrschaft zu vergewissern.

Die grundlegende Marx'sche Ambition, im Kapitalverhältnis – in dem sich die Trennung in Kapitalist*in und Arbeiter*in, der Zwang zur Lohnarbeit, der damit verbundene Klassenkampf, das Privateigentum, die Warenproduktion und die Vermittlung und Verstärkung über das Geld vereinen – den Kern des Kapitalismus in seiner nationalstaatlichen und globalen Form identifiziert zu haben, wurde seit den 1960er Jahren immer wieder von feministischer und anti-rassistischer Seite kritisiert (Federici [2004] 2017). Der Ökonomismus mancher marxistischen Analyse machte aus Sicht der Kritiker*innen sowohl die anders gelagerte Unterdrückung der Frau – damals noch mehrheitlich in Hausarbeit gefangen, die auch ein Nebenprodukt der Industrialisierung im 19. Jahrhundert gewesen war (Davis 1981) – und die differente Situation von *people of color* sowohl im Globalen Norden als auch im Globalen Süden unsichtbar. Feminist*innen wie Wendy Brown kritisierten, dass die Analyse offen sein müsse, »[...] to forms of power that exceeded the capital-relation« (zit. in Fisher/Tepe 2011: 134).

Kritische Diskussionen zum sogenannten Haupt- und Nebenwiderspruch und über das Versprechen der Intersektionalität (Crenshaw 1989) insistieren, dass *race*,

class und *gender* ineinander verschränkt sind; wie genau, bleibt jedoch umstritten (Lacsamana 2016). Bell hooks, eine Vorreiterin der anti-rassistischen *critical-whiteness*-Bewegung, konstatiert, dass »[...] many citizens of this nation, myself included, have been and are afraid to think about class« (hooks 2000). Ansätze der intersektionalen Kapitalismusanalyse (Buckel 2012) können dabei einen Ausweg bieten, der systematisch weiterentwickelt werden muss.

Wie wichtig *race*, *class* und *gender* als Herrschaftsbeziehungen und Motoren der Ungleichheit für die jeweilige Analyse sind, wird oft unter Gesichtspunkten der historischen Vorgängigkeit, des relativen zeitgenössischen Gewichts und des Ausmaßes an Eurozentrismus diskutiert. So argumentiert z. B. Cedric Robinson in »Black Marxism« ([1983] 2000) mit seinem Begriff des *racial capitalism* gegen die eurozentrische Kapitalismusanalyse, dass Über- und Unterordnungen, die nach rassistischen Gesichtspunkten organisiert wurden, auch schon vor dem 15. Jahrhundert existierten. Robinson zeigt, dass auf *slavs*, d. h. Bevölkerungen des heutigen Zentral- und Osteuropas, schon im Mittelalter herabgeblickt wurde, sodass sie dem Begriff der Sklaven die etymologische Wurzel liefern konnten. Sklaverei und Zwangsarbeit waren historisch weit verbreitet und begannen nicht erst im 15. und 16. Jahrhundert, als der Kapitalismus langsam seinen Ursprung nahm. Da rassistische Beziehungen dem Kapitalismus vorgängig gewesen sind, ist es für Robinson nicht überraschend, dass auch im und durch den Kapitalismus diese Dimensionen der Herrschaft weiter wirksam sind.

Auch in der in Deutschland poststrukturalistisch dominierten post- und dekolonialen Debatte¹¹ wird die mangelnde Auseinandersetzung mit den Strukturen des globalen Kapitalismus vermehrt diskutiert (Ziai 2012: 294). Wie ein Zusammendenken von *race* und *class* auch für die politische Ökonomie der internationalen Beziehungen und die Analyse Trumps fruchtbar gemacht werden kann (ohne allerdings den Geschlechterverhältnissen äquivalenten Raum zuzugestehen), zeigte jüngst John Narayan (2017) im Rückgriff auf die Arbeiten von W. E. B. du Bois, Cedric Robinson und Huey Newton. Narayan argumentiert, dass der Kompromiss zwischen dem industriellen Kapital und der Arbeiter*innenschaft historisch nur deshalb zustande gekommen sei, weil er auf dem Rücken der Arbeitenden im Global Süden ausgetragen werden konnte. Die relativ hohen Löhne in den USA entsprachen notwendig der Ausbeutung billiger Arbeitskraft im Globalen Süden. Dieser Kompromiss sei in Zeiten der finanzdominierten Akkumulation brüchig geworden, da der Lohnanteil am Bruttoinlandsprodukt real seit Jahren sinke. Nun wenden sich die prekarierten Schichten und »communities« nicht gegen ihren objektiven Gegner, die herrschenden Klassen, sondern gegen die doppelt marginalisierten *Americans of color*. Solange Weiße und Schwarze nicht verstünden, dass sie zusammen gegen Imperialismus und ausbeuterische Praktiken vorgehen müssten, werde sich diese Lage weiter zuspitzen.

Die intersektionale Analyse wird in den letzten Jahren zunehmend um die Dimension der Ökologie erweitert. Denn nicht nur soziale Herrschaftsbeziehungen,

11 Castro Varela/Dhawan (2005); Kerner (2011); Koddenbrock (2016); Bendix (2018).

auch »natürliche« Prozesse stützen die Perpetuierung von Ungleichheit und Herrschaft. Die Trennung in soziale und natürliche Prozesse ist dabei grundsätzlich zu hinterfragen (Moore 2017; Brand/Wissen 2017). Dass der Mensch sich die Natur unterworfen hat, sie billig verfügbar machen wollte, stößt offenkundig an Grenzen. Die anthropozentrische Konzeption bekommt Risse durch die Zunahme menschlich nicht mehr kontrollierbarer Prozesse und den Zwang zur Anpassung. Die Aufnahme der globalen Mensch-Naturverhältnisse in die Globalisierungsanalyse komplettiert das Spektrum der Herrschaftsbeziehungen, die für eine umfassende Analyse benötigt werden.

Jene Ungleichheiten und Herrschaftsdimensionen, die erst durch eine intersektional-materialistische Analyse in den Blick geraten, sind in der deutschen IB und IPÖ noch nicht prominent genug vertreten. Die Reflexion des Zusammenhangs von *gender*, *race*, *class* und Ökologie soll an dieser Stelle verdeutlichen, dass auch die im Forum vertretenen Ansätze ihre Grenzen haben. Im Sinne eines größeren Pluralismus in einer deutschen IB, die auch IPÖ ist, unternehmen wir es in diesem Forum also, den Raum des wie selbstverständlich zu Erforschenden zu weiten, ohne diesen wiederum als einzig verbliebenes Nonplusultra zu Markte tragen zu wollen.

Literatur

- Aglietta, Michel 1979: A Theory of Capitalist Regulation. The US Experience, London.
- Aisch, Goerge/Pearce, Adam/Rousseau, Bryant 2017: How Far Is Europe Swinging to the Right, in: The New York Times, 23.10.2017, <https://www.nytimes.com/interactive/2016/05/22/world/europe/europe-right-wing-austria-hungary.html>; 27.8.2018.
- Albert, Eleanor 2017: China in Africa, in: <https://www.cfr.org/backgrounder/china-africa>; 6.7.2018.
- Alvaredo, Facundo/Chancel, Lucas/Piketty, Thomas/Saez, Emmanuel/Zucman, Gabriel (Hrsg.) 2018: World Inequality Report 2018, Cambridge, MA.
- Anderl, Felix/Wallmeier, Philip 2018: Modi der Kritik des internationalen Regierens. Ein Plädoyer für immanente Kritik, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 25: 1, 165-189.
- Bailey, David/Mònica Clua-Losada/Nikolai Huke/Olatz Ribera-Almandoz 2018: Beyond Defeat and Austerity Disrupting (the Critical Political Economy of) Neoliberal Europe, London.
- Baran, Paul A./Sweezy, Paul Marlor 1966: Monopoly Capital: An Essay on the American Economic and Social Order, New York, NY.
- Becker, Joachim/Jäger, Johannes/Leubolt, Bernhard/Weissenbacher, Rudy 2010: Peripheral Financialization and Vulnerability to Crisis. A Regulationist Perspective, in: Competition & Change 14: 3-4, 225-247.
- Bendix, Daniel 2018: Global Development and Colonial Power – German Development Policy at Home and Abroad, London.
- Bieling, Hans-Jürgen 2013: Neogramscianismus; in: Wullweber, Joscha/Graf, Antonia/Behrens, Maria (Hrsg.): Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie, Wiesbaden, 185-200.
- Bieling, Hans-Jürgen 2018: Jenseits der (neo-)liberal-kosmopolitischen Hegemonie? Die »Doppelkrise« der transatlantischen Globalisierungspolitik, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 25: 2, 164-180.

- Braun, Benjamin 2016: Speaking to the People? Money, Trust, and Central Bank Legitimacy in the Age of Quantitative Easing, in: *Review of International Political Economy* 23: 6, 1064-1092.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus 2017: *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*, München.
- Bruff, Ian/Starnes, Kathryn 2018: Framing the Neoliberal Canon: Resisting the Market Myth via Literary Enquiry, in: *Globalizations*, <https://doi.org/10.1080/14747731.2018.1502489>; 20.9.2018..
- Buckel, Sonja 2012: »Managing Migration« – Eine intersektionale Kapitalismusanalyse am Beispiel der Europäischen Migrationspolitik, in: *Berliner Journal für Soziologie* 22: 1, 79-100.
- Castro Varela, Mario do Mar/Dhawan, Nikita 2005: *Postkoloniale Theorie*, Berlin.
- Crenshaw, Kimberle 1989: Demarginalizing the Intersection of Race and Sex. A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics, in: *The University of Chicago Legal Forum* 140: 8, 139-167.
- Cox, Robert 1981: Social Forces, States and World Orders: Beyond International Relations Theory, in: *Millennium – Journal of International Studies* 10: 2, 126-155.
- Daase, Christopher/Deitelhoff, Nicole 2015: Jenseits der Anarchie. Widerstand und Herrschaft im internationalen System, in: *Politische Vierteljahresschrift* 56: 2, 299-318.
- Daase, Christopher/Deitelhoff, Nicole 2017: Editorial: Populismus und Lüge. Wissenschaft in Bedrängnis, *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 24: 2, 3-5.
- Davis, Angela 1981: *Women, Race and Class*, New York, NY.
- Davies, Will 2016 Thoughts on the Sociology of Brexit, in: http://www.perc.org.uk/project_posts/thoughts-on-the-sociology-of-brexit/; 6.7.2018.
- Deitelhoff, Nicole/Zürn, Michael 2016: *Per Anhalter durch die IB-Galaxis*, München.
- Dörre, Klaus/Bose, Sophie/Lütten, John/Köster, Jakob 2018: Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte, in: *Berliner Journal für Soziologie*, <https://doi.org/10.1007/s11609-018-0352-z>; 27.8.2018
- Engelkamp, Stephan/Glaab, Katharina/Renner, Judith 2012: In der Sprechstunde: Wie (kritische) Normenforschung ihre Stimme wiederfinden kann, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 19: 2, 101-128
- Federici, Silvia [2004] 2017: *Caliban und die Hexe: Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation*, 5. Auflage, Wien.
- Fisher, Anita/Tepe, Daniela 2011: »What's Critical about Critical Theory«: Feminist Materialism, Intersectionality and the Social Totality of the Frankfurt School, in: Shields, Stuart/Bruff, Ian/Macartney, Huw (Hrsg.): *Critical International Political Economy. Dialogue, Debate and Dissensus*, Houndmills, 132-148.
- Friedensgutachten 2018: Kriege ohne Ende. Mehr Diplomatie – weniger Rüstungsexporte, in: <https://www.friedensgutachten.de/>; 27.8.2018.
- Funke, Manuel/Schularick, Moritz/Trebesch, Christoph 2015: Politics in the Slump: Polarization and Extremism after Financial Crises, 1870-2014, in: http://ec.europa.eu/economy_finance/events/2015/20151001_post_crisis_slump/documents/c_trebesch.pdf; 6.7.2018.
- Gadinger, Frank 2016: On Justification and Critique: Luc Boltanski's Pragmatic Sociology and International Relations, in: *International Political Sociology* 10: 3, 187-205.
- Germann, Julian 2017: Beyond »Geo-economics«: Advanced Unevenness and the Anatomy of German Austerity, in: *European Journal of International Relations*, <https://doi.org/10.1177/1354066117720987>; 31.7.2018.
- Gill, Stephen 1993: *Gramsci, Historical Materialism and International Relations*, Cambridge.
- Ghosh Attish/Qureshi, Mahvash 2016: Guilt by Association, in: *Finance and Development* 53: 2, 48-51.
- Gowan, Peter 1999: *The Global Gamble: Washington's Faustian Bid for World Dominance*, London.

- Hall, Peter/Soskice, David 2001: Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage, Oxford.
- Hartmann, Eva/Kunze, Caren/Brand, Ulrich (Hrsg.) 2009: Globalisierung, Macht und Hegemonie: Perspektiven einer kritischen IPO, Darmstadt.
- Heires, Marcel/Nölke, Andreas (Hrsg.) 2014: Politische Ökonomie der Finanzialisierung, Wiesbaden.
- Hellmann, Gunther/Wolf Klaus-Dieter/Zürn, Michael (Hrsg.) 2003: Die neuen internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland, Baden-Baden.
- Hilferding, Rudolf [1910] 1968: Das Finanzkapital, Frankfurt a. M.
- Hirsch, Joachim 1994: Vom fordistischen Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat: Internationale Regulation, Demokratie und »radikaler Reformismus«, in: Das Argument 203, 7-21.
- Hirsch, Joachim/Kannankulam, John 2011: The Spaces of Capital. The Political Form of Capitalism and the Internationalization of the State, in: Antipode 43: 1, 12-37.
- hooks, bell 2000: Where We Stand. Class Matters, New York, NY.
- Höpner, Martin 2007: Coordination and Organization: The Two Dimensions of Nonliberal Capitalism (Max-Planck Institute for the Study of Societies Discussion, paper 7/12), Köln.
- Ikenberry, John 2018: The End of Liberal International Order?, in: International Affairs 94: 1, 7-23.
- Keohane, Robert 2009: The Old IPE and the New, in: Review of International Political Economy 16: 1, 34-46.
- Kerner, Ina 2011: Postkoloniale Theorien zur Einführung, Hamburg.
- Koddenbrock, Kai 2015: Strategies of Critique in International Relations: From Foucault and Latour towards Marx, in: European Journal of International Relations 21: 2, 243-266.
- Koddenbrock, Kai 2016: The Practice of Humanitarian Intervention: Aid Workers, Agencies and Institutions in the DR Congo, London.
- Koddenbrock, Kai 2017: »Mehr Kapitalismus wagen«: Herrschaftsanalyse »jenseits der Anarchie« und die Rolle des Geldes, in: Politische Vierteljahresschrift 58: 2, 259-284.
- Krippner, Greta 2005: The Financialization of the American Economy, in: Socio-Economic Review 3: 2, 173-208.
- Lacsamana, Anne 2016: Feminism and Critical International Political Economy in: Cafruny, Alan/Talani, Leila/Pozo Martin, Gonzalo (Hrsg.): The Palgrave Handbook of Critical International Political Economy, London, 85-100.
- Lake, David 2009: Hierarchy in International Relations, Ithaca, NY.
- Lambach, Daniel 2017: Herrschaft und Agency in der internationalen Hierarchie, in: Daase, Christopher/Deitelhoff, Nicole/Kamis, Ben/Pfister, Jannik/Wallmeier, Philip (Hrsg.): Herrschaft in den Internationalen Beziehungen, Wiesbaden, 29-50.
- Lenin, Wladimir 1917: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Berlin.
- Lipset, Seymour/Rokkan, Stein (Hrsg.) 1967: Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives, New York, NY.
- Mader, Philip 2016: Card Crusaders, Cash Infidels and the Holy Grails of Digital Financial Inclusion, in: Behemoth 9: 2, 59-81.
- Mattern, Janice Bially/Zarakol, Ayşe 2016: Hierarchies in World Politics, in: International Organization 70: 3, 623-654.
- Marx, Karl [1867] 2008: Das Kapital: Kritik der politischen Ökonomie, Berlin.
- May, Christian 2017: Der Aufstieg des Südens: Implikationen für globale Herrschaft im 21. Jahrhundert, in: Daase, Christopher/Deitelhoff, Nicole/Kamis, Ben/Pfister, Jannik/Wallmeier, Philip (Hrsg.): Herrschaft in den Internationalen Beziehungen. Wiesbaden, 51-71.
- Merkel, Wolfgang 2017: Kosmopolitanismus vs. Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie, in: Harfst, Philipp/Kubbe, Ina/Poguntke, Thomas (Hrsg.): Parties, Governments and Elites – The Comparative Study of Democracy, Stuttgart, 9-23.

- Mertens, Daniel 2015: Erst sparen, dann kaufen? Privatverschuldung in Deutschland, Frankfurt a. M.
- Mirowski, Philip/Plehwe, Dieter (Hrsg.) 2009: The Road from Mont Pèlerin. The Making of the Neoliberal Thought Collective, Cambridge, MA.
- Moore, Jason 2017: The Capitalocene, Part I: On the Nature and Origins of Our Ecological Crisis, in: The Journal of Peasant Studies 44: 3, 594-630.
- Morrison, Wayne 2018: China's Economic Rise: History, Trends, Challenges, and Implications for the United States, US Congressional Research Service, in: <https://fas.org/sgp/crs/row/RL33534.pdf>, 28.8.2018.
- Narayan, John 2017: The Wages of Whiteness in the Absence of Wages: Racial Capitalism, Reactionary Intercommunalism and the Rise of Trumpism, in: Third World Quarterly 38: 11, 1-19.
- Nölke, Andreas 2007: Für eine politische Theorie politischer Ordnungsbildung jenseits des Nationalstaats: Eine Replik auf Zürn et al., in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 14: 1, 191-200.
- Nölke, Andreas 2011: Transnational Economic Order and National Economic Institutions: Comparative Capitalism Meets International Political Economy (Max-Planck Institut für Gesellschaftsforschung), Köln.
- Nölke, Andreas 2018a: Linkspopulär: Vorwärts handeln statt rückwärts denken, Frankfurt a. M.
- Nölke, Andreas 2018b: Vom liberalen zum organisierten Kapitalismus, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 25: 2, 181-198.
- Norfield, Tony 2016: The City: London and the Global Power of Finance, London.
- Pal, Maia 2018: My Capitalism is Bigger than Yours: Against Combining ›How the West Came to Rule‹ with ›the Origins of Capitalism‹, in: Historical Materialism, i. E.
- Panitch, Leo/Gindin, Sam 2013: The Making of Global Capitalism: The Political Economy of American Empire, London.
- Polanyi, Karl [1939] 1975: The Great Transformation, New York, NY.
- Rittberger, Volker (Hrsg.) 1990: Theorien der Internationalen Beziehungen (Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 21), Wiesbaden.
- Rittberger, Volker/Hummel, Hartwig 1990: Die Disziplin »Internationale Beziehungen« im deutschsprachigen Raum auf der Suche nach ihrer Identität: Entwicklung und Perspektiven, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen (Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 21), Wiesbaden.
- Robinson, Cedric [1983] 2000: Black Marxism. The Making of the Black Radical Tradition, Chapel Hill, NC.
- Rosenberg, Justin 2007: International Relations: the »Higher Bullshit«: A Reply to the Globalization Theory Debate, in: International Politics 44: 4, 450-482.
- Sauer, Frank/Masala, Carlo (Hrsg.) 2017: Handbuch Internationale Beziehungen, Wiesbaden.
- Sablowski, Thomas 2013: Regulationstheorie, in: Wullweber, Joscha/Graf, Antonia/Behrens Maria (Hrsg.): Theorien der internationalen politischen Ökonomie, Wiesbaden, 85-100.
- Simon, Jenny 2018: Die Rolle Chinas in den aktuellen Auseinandersetzungen um den Operationsmodus der Globalisierung, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 25: 2, 144-163.
- Schlichte, Klaus 2005: Der Staat in der Weltgesellschaft. Berlin.
- Shields, Stuart/Bruff, Ian/Macartney, Huw (Hrsg.) 2011: Critical International Political Economy. Dialogue, Debate and Dissensus, New York, NY.
- Shilliam, Robbie 2018: The Undeserving Poor: From Abolition to Brexit, New York, NY.
- Strange, Susan 1994: Wake up, Krasner! The World Has Changed, in: Review of International Political Economy 1: 2, 209-219.
- Streeck, Wolfgang 2013: Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin.
- Teschke, Benno 2006: Mythos 1648: Klassen, Geopolitik und die Entstehung des europäischen Staatensystems, Münster.

- Teschke, Benno/Wenten, Frido* 2017: Marxismus in den Internationalen Beziehungen, in: Sauer, Frank/Masala, Carlo (Hrsg.): Handbuch Internationale Beziehungen, 2. Auflage, Wiesbaden.
- Tudyka, Kurt* 1990: Politische Ökonomie der Internationalen Beziehungen, in: Rittberger, Volker (Hrsg): Theorien der Internationalen Beziehungen (Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 21/1990), Wiesbaden, 130-151.
- van der Zwan, Natascha* 2014: Making Sense of Financialization, in: Socio-Economic Review 12: 1, 99-129.
- Werner, Alban* 2015: Was ist, was will, wie wirkt die AfD?, Köln.
- Wolf, Klaus-Dieter* 1994: Editorial, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1: 1, 3-14.
- Wullweber, Joscha* 2014: The Question is, which is to be Master – That's All! Amerikanische Internationale Politische Ökonomie vs. britische Internationale Politische Ökonomie?, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 21: 2, 63-84.
- Ziai, Aram* 2012: Postkoloniale Studien und Politikwissenschaft. Komplementäre Defizite, Stand der Forschung und Perspektiven, in: Politische Vierteljahresschrift 53: 2, 291-322.